

**Gemeinsamer Antrag  
im Rat  
der Stadt Krefeld  
-öffentlich-**

**Ratsgruppe Freie Wähler  
Ratsgruppe Die Linke  
Björna Althoff  
Jan Hertzberg  
Salih Tachusoglu**

**Vorlagennummer**

**5122/23 A**

Krefeld, 14.08.2023

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Beschlussform</b>
Ausschuss für Planung, Bauen, Mobilität, Stadtentwicklung und Liegenschaften	29.08.2023	vorberatend
Bezirksvertretung Uerdingen	31.08.2023	zur Kenntnis
Haupt- und Beschwerdeausschuss	06.09.2023	vorberatend
Rat	06.09.2023	beschließend

**Betreff**

**Verfahrensstopp vorhabenbezogener BPlan 836 östlich Elfrather See, südlich Asberger Straße - Surfpark Elfrather See-  
- Einbringung eines gemeinsamen Antrages der Ratsgruppen Freie Wähler und Die Linke, sowie den Einzelvertretern Björna Althoff, Jan Hertzberg und Salih Tachusoglu**

**Beschlussentwurf**

1. Der Rat der Stadt Krefeld beschließt einen sofortigen Stopp des noch laufenden Bebauungsplanverfahrens "vorhabenbezogener Bebauungsplans 836". Der einleitende Beschluss wird aufgehoben.
2. Dementsprechend wird an einem Satzungsbeschluss durch die Verwaltung nicht weitergearbeitet und dem Stadtrat kein Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 836 vorgelegt.
3. Der Beschluss wird den Mitgliedern der Bezirksvertretung Ost zur Kenntnisnahme zugeleitet.

**Begründung**

Der Kommunalpolitik liegen bereits alle Einwände aus der Bürgerschaft, die ihm Rahmen der Offenlage eingegangen sind, vor und sie konnte sich hiermit neben den bislang vorgelegten Gutachten ein umfassendes Bild über das Für und Wider des Projektes machen. Gut 13.000 Bürger\*innen stimmten bislang auf der Plattform change.org für oder gegen das Vorhaben, wobei sich ein deutliches Votum gegen das Vorhaben zeigt (9.700 Unterzeichnungen).

Eine Abwägung des Für und Widers ist bereits heute durch die Politik möglich. Bei verschärfender

Grundwasserproblematik, zunehmender Biodiversitätskrise und Klimakrise würde die Umsetzung eines wasser- und energieintensiven Surfparks für wenige Privilegierte die Vorbildrollen der Kommunen unterlaufen und vielmehr eine Ignoranz der öffentlichen Hand gegenüber heutiger drängende Probleme darstellen. Dieser libertäre Individualismus als "Inversion des kategorischen Imperativs" (Zitat Julia Müller) ist nicht zeitgemäß und widerspricht dem Prinzip der Solidarität auch gegenüber jungen Generationen, dem wir uns u.a. durch unsere Parteibücher und Parteiprogramme verpflichtet fühlen.

Die Vorteile durch das Vorhaben können diese Nachteile nicht aufwiegen.

Diese politische Überzeugung kann bereits auf Basis der heute vorliegenden Unterlagen und Einwände gefasst sein und wird durch weitere Dokumente nicht mehr beeinflusst werden.

Weitere Gründe für das Einstellen des Verfahrens sind:

- Ein Vorhabenträger ist weiterhin nicht bekannt, obwohl der Letter of Intent vor vier Jahren unterzeichnet wurde und seitdem die Gründung einer Betreibergesellschaft nötig und bekannt war
- Das weitere Offenhalten des Verfahrens bindet Verwaltungspersonal und animiert den Ankerinvestor zu weiteren (vermeidbaren) Ausgaben
- Die voraussichtlichen Ausgaben aus dem städtischen Haushalt für Infrastruktur, Energiewendekompensation und Personal im achtstelligen Bereich sind nicht vertretbar
- Viele juristische Bedenken bestehen auch nach dem Gutachten der Kanzlei Heinemann&Partner, gleichzeitig bleibt der BUND bei der Ankündigung, die Planung per Normenkontrollantrag anzugreifen, sollte es zu einem Satzungsbeschluss kommen. Dies hat weitere Verzögerung und Kosten aus dem städtischen Haushalt zur Folge sowie die realistische Gefahr, dass die städtische Planung gerichtlich für rechtswidrig erklärt wird
- Eine zweite Offenlage ist erkennbar notwendig für mehr Rechtssicherheit. Auch der Personalaufwand hierfür kann nicht mehr gerechtfertigt werden.

gez.

Andreas Drabben  
Ratsgruppe Freie Wähler

gez.

Basri Cakir  
Ratsgruppe Die Linke

gez.

Björna Althoff  
Klimaliste Deutschland

gez.

Jan Hertzberg  
DIE PARTEI

gez.

Salih Tachusoglu  
wir Krefeld